



## Klimaschutz: Mehr Taten statt Worte

Die Prognosen über den bevorstehenden Klimawandel haben sich in den letzten Monaten dramatisch verschärft. Insbesondere der im Februar 2007 veröffentlichte Weltklimabericht der Vereinten Nationen machte deutlich, dass sich die Erderwärmung in einem Maße beschleunigt, wie dies bis vor kurzem noch kaum für möglich gehalten wurde. Nahezu alle Klimawissenschaftler sind sich darin einig, dass katastrophale Folgen für Mensch und Natur nur dann zu vermeiden sind, wenn es gelingt, die globale Temperaturerhöhung in den kommenden Jahrzehnten auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Für Deutschland bedeutet dies, dass die CO<sup>2</sup>-Emissionen – bezogen auf das Basisjahr 1990 – um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 80 Prozent bis zum Jahr 2050 gesenkt werden müssten.

Neben den naturwissenschaftlich prognostizierten Gefahren des Klimawandels rücken zunehmend auch die globalen wirtschaftlichen Folgen der Erderwärmung ins öffentliche Blickfeld: Spätestens seit der britische Wirtschaftswissenschaftler Sir Nicholas Stern im Oktober 2006 seine Berechnungen vorlegte, wurde deutlich, welche schwerwiegenden Folgen der Klimawandel für Wachstum und Entwicklung haben könnte: auf bis zu 20%

der globalen Wirtschaftsleistung werden die Risiken und Schäden beziffert, die – bei ungebremstem Wachstum der Treibhausgasemissionen – eintreten könnten. Und auch für die deutsche Wirtschaft wären die Konsequenzen beträchtlich: Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist bis zum Jahre 2050 mit klimabedingten Kosten in Höhe von fast 800 Milliarden Euro und mit jährlichen Wachstumseinbußen um bis zu 0,5 Prozentpunkte zu rechnen.

### Der Klimawandel als Chance?

Die Begrenzung der Klimakatastrophe wird zu einer der wichtigsten Aufgaben für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten – global und national. Bei der Bewältigung dieser existenziellen Herausforderung fällt Europa und insbesondere Deutschland eine Schlüsselrolle zu: Ehrgeizige Klimaschutzziele im Verbund mit glaubwürdigen politischen Initiativen zur Erreichung dieser Ziele können die Gefahren des Klimawandels nicht nur abmildern, sondern unserem Land eine Vielzahl neuer Perspektiven in der weltwirtschaftlichen Entwicklung eröffnen. Eine Vorreiterrolle bei der Bewälti-

gung der Klimakrise birgt für unser Land – und vor allem auch für unsere Wirtschaft – wesentlich größere Chancen als Gefahren. Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen könnten in Branchen entstehen, die sich mit der Herstellung von effizienten Konsum- und Industriegütern beschäftigen, die Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung produzieren oder neue Mobilitätssysteme anbieten. Nicht nur aus Verantwortung für unsere Zukunft, sondern auch aus wohlverstandem Eigeninteresse heraus ist es ein Gebot der Stunde, dass die Unternehmen in unserem Land diese Chancen erkennen und nutzen.

Ausgelöst wird dieser klimaschützende Strukturwandel aber nicht in erster Linie durch wohlmeinende Appelle an das Konsumverhalten der Bevölkerung, durch wohlklingende Absichtserklärungen von Industrieverbänden oder durch pseudo-radikale Verbotsvorschläge von Politikern. Erforderlich sind vielmehr klare, in sich abgestimmte und zielorientierte energie- und umweltpolitische Rahmenbedingungen, die den verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ökonomisch attraktiv machen. Dazu gehören wirksame steuer- und finanzpolitische Regelungen genauso wie ordnungspolitische Vorgaben. Angesichts der klimabedingten Herausforderungen wird deren Eingriffstiefe sich jedoch deutlich von bisherigen umweltpolitischen Maßnahmen unterscheiden.

So richtig die Einführung der Ökosteuer vor nunmehr neun Jahren war, so wenig darf sie sich auf dem jetzigen Niveau erschöpfen. Neue Modelle für eine Energiebesteuerung müssen noch wesentlich stärkere Anreize für energiesparendes Verhalten setzen, ohne jedoch die steuerliche Gesamtbelastung von Bürgern und Unternehmen zu erhöhen.

Ein großes Potenzial zur marktkonformen Begrenzung des Treibhausgasausstosses bietet das Instrumentarium des Emissionshandels: eine höhere Bepreisung und Versteigerung

von Emissionsrechten steigert dessen Wirksamkeit im Bereich der Industrie und der Energieerzeugung. Darüber hinaus sollten sukzessive auch der Flugverkehr und der Gütertransport in den Emissionshandel einbezogen werden.

Ordnungspolitische Regelungen waren bereits in der Vergangenheit erfolgreicher als ihr Ruf: Beispiele dafür sind das FCKW-Verbot und die Pflicht zur Einführung des Katalysators. Gesetzliche Vorgaben zur Effizienzsteigerung müssen und werden künftig eine weit größere Rolle spielen als bisher. Wichtige Voraussetzung: sie müssen klar definiert, langfristig angekündigt und mit möglichst geringem bürokratischen Aufwand umsetzbar sein. Sind diese Anforderungen erfüllt, so können sich auch ordnungspolitische Regelungen zu einem wirksamen Motor für einen klimaschützenden wirtschaftlichen Strukturwandel entwickeln – mit all den Chancen, die sich für nachhaltig orientierte Unternehmen daraus ergeben.

Ohne staatliche Förderprogramme werden wichtige Energiesparpotenziale nur schwer zu erschließen sein. Dies gilt vor allem für den Bereich der Gebäudesanierung. Allerdings sind diesen Programmen durch die hohe Verschuldung der staatlichen Haushalte auch deutliche Grenzen gesetzt. Es wäre deshalb unredlich und gleichzeitig illusionär, den Eindruck zu erwecken, dass die Herausforderungen des Klimaschutzes allein über ausreichend hohe öffentliche Finanzhilfen zu bewältigen sind. Diese werden flankierend erforderlich sein, jedoch nicht im Zentrum der staatlichen Klimavorsorge stehen.

In vier zentralen Bereichen sind aus Sicht von UnternehmensGrün wirksame politische Weichenstellungen erforderlich, um eine deutlich klimafreundlichere Energieversorgung sowie Wirtschafts- und Konsumstruktur in unserem Land zu erreichen:

## **Steigerung der Energieeffizienz bei Haushalten und Verkehr**

Insbesondere bei Konsumgütern, Elektrogeräten und beim Individualverkehr werden die bereits heute technisch erreichbaren Effizienzpotenziale bei weitem nicht ausgeschöpft. Unterschiedliche Studien und Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass der Stromverbrauch der privaten Haushalte bis 2020 um ca. 25% reduziert werden könnte. Diese Einsparungen werden sich nicht allein über höhere Strompreise einstellen, sondern hängen ganz wesentlich von den Verbrauchseigenschaften der angebotenen Produkte ab. Notwendig ist deshalb ein System von verbindlich festgelegten Verbrauchsobergrenzen, die sich an den effizientesten Gerätestandards orientieren – und für entsprechende Wettbewerbsanreize bei der Entwicklung neuer Produkte sorgen.

Ähnliche Festlegungen sind für den Treibstoffverbrauch von Kraftfahrzeugen erforderlich. Die von der EU vorgeschlagenen Werte weisen in die richtige Richtung, müssen langfristig jedoch noch ambitionierter ausfallen: Wenn es gelingt, den Durchschnittsverbrauch bei Neufahrzeugen bis 2020 auf einen Wert von 4,5 Liter pro hundert Kilometer zu senken, so könnten dadurch – selbst bei leicht ansteigender Zahl der PKWs – insgesamt knapp 25 Millionen Tonnen CO<sup>2</sup> eingespart werden. Um dieses Ziel zu erreichen, könnte der Ausgleich zwischen unterschiedlichen Flottenverbräuchen einzelner Autohersteller über ein Emissionshandelssystem geregelt werden: Kraftfahrzeuge mit relativ hohen Emissionen würden damit gegenüber verbrauchsarmen PKWs deutlich verteuert und damit zunehmend unattraktiv. Kaum in einer Branche ist eine Neuausrichtung der Produktentwicklung drängender als im Automobilsektor – aus ökologischen, vor allem aber auch aus wirtschaftlichen Gründen.

## **Wärmedämmung von Gebäuden**

Eines der größten Energiesparpotenziale liegt in der Wärmedämmung und Erneuerung der Heiztechnologien in Altbauten. Bei einer umfassenden energetischen Sanierung des Gebäudebestands könnten – so eine neue Studie des Wuppertal-Instituts – jährlich ca. 35 Millionen Tonnen CO<sup>2</sup>-Emissionen vermieden werden. Allein der Ersatz von Nachtspeicherheizungen könnte das Klima um ca. 5 Millionen Tonnen Treibhausgase entlasten.

Zur Mobilisierung dieser Einsparreserven sind staatliche Förderprogramme sinnvoll und notwendig, allerdings nicht ausreichend. Sie müssen ergänzt werden durch klare ordnungspolitische Vorgaben – also verbindliche Festlegungen zur Nutzung erneuerbarer Energien bei Heizungssanierungen, Ausweitung der Standards in der Energieeinsparverordnung und Änderungen im Mietrecht. Mieterhöhungen aufgrund energiesparender Investitionen in das Mietobjekt dürfen nicht länger vom Gesetzgeber blockiert werden.

Nutznieser von Wärmedämmung und Heizungssanierung ist nicht nur das Klima, sondern eine Vielzahl von kleinen Unternehmen und Handwerksbetrieben. Während von der Effizienzsteigerung bei Haushaltsgeräten und Kraftfahrzeugen mittel- und langfristig vor allem exportorientierte Unternehmen profitieren, ist die positive wirtschaftliche Binnenwirkung bei der energetischen Altbausanierung am größten.

## **Effizientere Erzeugung von Energie**

Etwa 36% aller energiebedingten Treibhausgas-Emissionen entfallen auf die Erzeugung von Energie. Eine der Schlüsseltechnologien, um den Wirkungsgrad in diesem Sektor zu erhöhen, ist die Kraft-Wärme-Kopplung. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern

spielt diese Technologie bei der Stromerzeugung – lediglich ca. 13% unseres Strombedarfs werden über KWK-Anlagen produziert - in unserem Land nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

Nach Berechnungen des Bremer Energie Instituts könnte sich dieser Anteil bis zum Jahre 2020 verdreifachen, wenn auf politischer Seite die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden: Dazu gehören deutlich verbesserte Einspeisebedingungen für Strom aus KWK-Anlagen, eine Dezentralisierung der Kraftwerksstruktur, verbesserte Zugangsbedingungen von neuen Stromanbietern zum Strommarkt und eine Einbeziehung der KWK-Strom- und Wärmeproduktion in den Emissionshandel. Gleichzeitig ist auf kommunaler Ebene ein Ausbau der Fernwärmenetze erforderlich, um die im Rahmen der Stromproduktion entstehende Abwärme optimal nutzen zu können.

### **Weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien**

Aktuell tragen erneuerbare Energien in unserem Land mit etwas mehr als 10% zur Stromerzeugung bei. Dieser Anteil ist im europäischen Vergleich beachtlich – dank der Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das zwischenzeitlich auch von anderen Ländern in ähnlicher Form übernommen wurde.

Über eine Weiterentwicklung dieses Gesetzes lässt sich die regenerativ erzeugte Strommenge kontinuierlich steigern: Größere Potenziale sind vom Ausbau der Windkraft, insbesondere in Form von Off-Shore-Windparks, von Anlagen zur Energiegewinnung aus Erdwärme und von der Nutzung von Biomasse zu erwarten. Bestehende politische und gesetzliche Hemmnisse, die vor allem dem Ausbau der Windkraft und der Geothermie entgegenstehen, müssen auf den Prüfstand.

Des weiteren sollten die Mechanismen des

EEG auf den Wärmemarkt übertragen werden. Entsprechende Einspeiseregulungen können dazu beitragen, dass insbesondere Biogas zukünftig eine wichtige Rolle bei der Wärmeerzeugung und Raumheizung übernehmen kann. Gleichzeitig lässt sich damit die Abhängigkeit von Erdgasimporten aus anderen Ländern reduzieren.

Um den Anteil von Treibstoffen aus regenerativen Quellen zu erhöhen, ist eine erhebliche Intensivierung der Forschungsanstrengungen erforderlich. Dies betrifft sowohl den Wirkungsgrad dieser Treibstoffe wie auch die Beschaffenheit und den Anbau der Energiepflanzen, aus denen diese gewonnen werden.

Viele der hier vorgeschlagenen Maßnahmen sind ambitioniert. Alleine werden sie von der Politik nicht durchsetzbar sein. Umso mehr sind gerade Unternehmen und Wirtschaft gefordert, diese politischen Weichenstellungen nicht zu blockieren, sondern aktiv mitzutragen: im wohl verstandenen eigenen Interesse. Umweltpolitik, Innovationspolitik und Wirtschaftspolitik sind heute und in Zukunft untrennbar miteinander verbunden. Je erfolgreicher die Klimaschutzpolitik eines Landes, desto erfolgsversprechender die langfristigen wirtschaftlichen Perspektiven seiner Unternehmen. Über die Wettbewerbsfähigkeit von morgen entscheiden die Herstellungsverfahren, Produkte und Dienstleistungen von heute. Und da gilt: je klimafreundlicher, desto besser und wirtschaftlich erfolgreicher.

UnternehmensGrün setzt sich dafür ein, dass immer mehr Unternehmen in unserem Land diesem Grundsatz folgen – und aufgrund der politischen Rahmenbedingungen folgen können.

*Gottfried Härle*

*Vorstand UnternehmensGrün*